

"Wieder Krieg in Europa- Nicht in unserem Namen!"

Öffentliche Informationsveranstaltung

Europa-Universität Flensburg /

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)

Hauptgebäude R 247 am 21.1.2015 19 Uhr

Schlachtfeld Europa: Eskalation oder strategisches Kalkül?

Wolfgang Effenberger

In der Ukraine tobt der Bürgerkrieg unter Einsatz von schweren Waffen unvermindert weiter. Die politischen Aktivitäten von NATO, EU, USA und Russland lassen befürchten, dass es zu einer Eskalation, ja sogar zu einem dritten Weltkrieg kommt.

**Was sind die Hintergründe dieser Krise?
Und vor allem: Was sind ihre Folgen?**

Völlig unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit stimmte am letzten Donnerstag das europäische Parlament über eine 28-Punkte-Resolution zum Thema Ukraine ab. Darin verurteilt das EU-Parlament die "terroristischen Akte" in der Ukraine und fordert die EU auf, einen Plan gegen den russischen "Informationskrieg" zu entwickeln sowie der Ukraine bei der Ausweitung ihrer Verteidigungskapazitäten zu helfen. Die Sanktionen gegen Russland sollen solange in Kraft bleiben, bis Russland seine aggressive Politik in der Ukraine einstellt,

den Waffenstillstand respektiert,
seine Truppen zurückzieht und aufhört,
die Separatisten zu unterstützen.

Im Aufbau und im Tenor befindet sich diese EU-Resolution im Fahrwasser der Resolution 758, die das US-Repräsentantenhaus am 4. Dezember 2014 mit 411 Stimmen (bei 10 Gegenstimmen) verabschiedet hat.

Und an diesem denkwürdigen Tag wurde in der Flensburger Ratsversammlung der Antrag gestellt, **den „Flensburger Friedens-Appell“** zu beschließen.

Unter dem Appell ein Zitat von John F. Kennedy, das nicht aktueller hätte sein können:

**„Die Mehrheit muss dem Krieg ein Ende setzen.
Oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende“.**

Die Resolution 758 könnte der Anfang vom Ende sein. Zumindest ist sie der vorläufige Endpunkt einer langen Reihe von Provokationen.

Robert Gates – langjähriger CIA-Chef und Verteidigungsminister von Bush und Obama – nennt in seinem Buch "Duty" den seit 2004 laufenden Versuch, die Ukraine in die NATO einzubinden, eine monumentale Provokation.

Die Resolution 758 vom US-Repräsentantenhaus wurde noch am gleichen Tag von dem langjährigen Kongressabgeordneten Ron Paul scharf kommentiert. Sein Artikel ist überschrieben "Kongress erklärt fahrlässig Russland den Krieg".

Für Ron Paul ist die Resolution 758 eines der übelsten Gesetze, die das US-Repräsentantenhaus je verabschiedet hat. So wird darin »das Vorgehen der russischen Föderation unter Präsident Wladimir

Putin als eine Politik der Aggression gegen Nachbarstaaten mit dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen Dominanz scharf verurteilt.«

Am Ende der langen Reihe meist unbewiesener oder fraglicher Vorwürfe bzw. eines aus Halbwahrheiten und dreisten Lügen bestehenden Sündenregisters Russlands folgen 22 Forderungen, die den Kongress und den Präsidenten zu Handlungen zwingen.

So soll unter anderem der US-Präsident auf die Verbündeten hinwirken, gezielte Sanktionen gegen die Russische Föderation und ihre Führung zu verhängen, sowie den Abzug der russischen Truppen samt ihrer Ausrüstung von ukrainischem Territorium durchzusetzen.

Für Ron Paul wird ein weiterer US-Krieg die zugrundeliegenden Probleme nicht lösen.

Wie anderswo werden sich die Verhältnisse weiter verschlechtern. So kann er es kaum fassen, „dass sich diese Entwicklung nun wiederholt und die Verantwortlichen auf rücksichtslose Weise ihren Willen durchsetzen.

Und diesmal geht es um weitaus mehr:

nämlich das Provozieren eines Krieges gegen Russland, der in einer totalen Zerstörung der **uns bekannten Welt enden könnte!**“

Nicht von ungefähr hebt die Resolution 758 die Bedeutung der NATO als Eckstein einer kollektiven euro-atlantischen Verteidigung hervor.

Nach dieser für Europa folgenreichtigen "Kriegserklärung" hätten schon am nächsten Tag alle Europäer für den Frieden eintreten und diesen Willen mit einer Lichterkette vom Nordkap bis nach Gibraltar deutlich machen müssen.

Doch Europa blieb im Dunkeln.

Unsere "Qualitätsmedien" griffen die Resolution 758 nicht auf. Dafür die 28 EU-Staats- und Regierungschefs!

Am 17. Dezember verhängten sie in Brüssel neue Export- und Investitionsverbote gegen die Krim.

Am 2. Januar erschien auf der Website der CRISISGROUP -einer von westlichen Regierungen gesponserten Denkfabrik – eine Jahresbotschaft, die für 2015 zehn Kriege auflistet:

Syrien/Irak
Ukraine
Süd-Sudan
Nigeria
Somalia
Demokratische Republik Kongo
Afghanistan
Jemen
Libyen/Sahel
Venezuela

Und überall werden die USA direkt oder indirekt beteiligt sein. Dazu umspannen 6 US-Militärkommandos den gesamten Globus.

Weite Teile der Welt stehen unter amerikanischer Hegemonie - und viele Länder sind bereits durch US-Kriege verheert.

Weitere werden folgen.

Die Kriege der USA haben seit 1945 über 20 Millionen Tote gefordert - nicht zu reden von den ungeheuren Flüchtlingsströmen. Wer vermag sich auch nur annähernd das Leid der vom Krieg geschundenen Menschen vorzustellen? Als Verursacher der Kriege haben die USA jedoch kaum Flüchtlinge aufgenommen.

Zur Ironie der Geschichte gehört, daß die Welt für die Kosten dieser Politik aufkommen muß.

„Damit der militärisch-industrielle Komplex der USA fortbesteht, müssen Millionen Menschen sterben“, so der Sozialwissenschaftler Mohssen Massarrat, „Millionen Menschen müssen aus ihren Dörfern und Städten flüchten, und die Welt muß im Chaos permanenter Kriege gehalten werden“.

Das ungeheure Leid der in den Mahlstrom von Kriegen Geratenen sollte den Frieden zum Hauptmotiv der westlichen Wertegemeinschaft und vor allem der Kirchen machen.

Das heißt zuallererst: „**Die Waffen nieder!**“

So hieß der 1889 erschienene pazifistische Roman von Bertha von Suttner. Darin definierte sie den Frieden als naturrechtlich verbürgten Normalzustand, dem der Krieg als eine Folge menschlichen "Irrwahns" gegenüberstehe.

Seit 1889 hat sich der menschliche "Irrwahn" ins Unermessliche gesteigert.

Wäre es jetzt nicht an der Zeit, einem permanent Krieg führenden Hegemon die Gefolgschaft zu verweigern und endlich die im Denken des Krieges geborene UN durch eine demokratischere und friedensfördernde Weltgemeinschaft zu ersetzen?

Nur einen Tag nach dem Erscheinen der Jahresbotschaft gaben der Altmeister der amerikanischen Geostrategie Zbigniew Brzezinski und der Finanzmagnat und Vorkämpfer für "offene Gesellschaften" George Soros der EU ihre Ratschläge.

Nach Soros soll die EU in einer "Kriegsanstrengung" höhere Haushaltsdefizite in Kauf nehmen, um für einen Krieg gegen Russland gerüstet zu sein:

„Alle verfügbaren Ressourcen sollten eingesetzt werden in einer Kriegsanstrengung, auch wenn das zu Haushaltsdefiziten führt.“

Und nur fünf Tage nach Soros' Aufruf ist der ukrainische Ministerpräsident Jazenjuk in Berlin, wo ihm Bundeskanzlerin Merkel eine Bürgschaft für einen Kredit in Höhe von 500 Millionen Euro zusichert. Das ist vermutlich nur eine erste Tranche, denn Soros hatte 20 Milliarden gefordert.

In die gleiche Kerbe schlägt der erwiesene Kreml-Feind Brzezinski und macht den westeuropäischen Hasardeuren den Mund wässrig: Aus Russlands politischer Instabilität würde der Westen deutliche wirtschaftliche Vorteile ziehen.

Für den slowenischen Philosophen **Slavoj Žižek** weist die gegenwärtige Situation eine frappierende Ähnlichkeit mit der Lage um 1900 auf.

Damals wurde die Hegemonie des britischen Empires von aufstrebenden neuen Mächten infrage gestellt. Reichskanzler von Bülow wollte auch für Deutschland einen Platz an der Sonne – ohne jedoch andere in den Schatten zu stellen! Dieser Zusatz wird beim Zitieren meist vergessen!

Heute sind es die USA, die die Rolle des britischen Empires spielen, und bei den kommenden neuen Supermächten handelt es sich um Russland und China.

"Während sich das Szenario eines Dritten Weltkriegs seit über zehn Jahren auf dem Reißbrett des Pentagon befindet, wird eine Militäraktion gegen Russland mittlerweile auf ›operativer Ebene‹ durchgespielt," schreibt Slavoj Žižek

Die globale Sicherheit steht auf dem Spiel.

Das historische Votum des Repräsentantenhauses könnte potenziell das Leben von Hunderten Millionen Menschen auf der ganzen Welt betreffen, so die berechtigte Befürchtung von Žižek.

Schon seit über einem halben Jahrhundert arbeiten der britische und der amerikanische Generalstab an einem Krieg gegen Russland beziehungsweise gegen die Sowjetunion.

Bereits im letzten Jahr des Zweiten Weltkriegs, dem Gründungsjahr der Vereinten Nationen, nahmen diese Kriegsplanungen konkrete Formen an:

Am 1. Juli 1945 wollte Premierminister Winston Churchill die damalige Sowjetunion militärisch unterwerfen.

Dazu ließ er den Operationsplan "UNTHINKABLE" ausarbeiten.

Die britischen und amerikanischen Angriffs-Divisionen sollten im Verbund mit 100.000 Wehrmichtsangehörigen, die man in der britischen Besatzungszone vorläufig unter Waffen gehalten hatte, angreifen.

Auf Druck Stalins wurden jedoch am 23. Mai 1945 die deutschen Soldaten entwaffnet und gefangengenommen. Die hier in Flensburg residierende deutsche Nachfolgeregierung wurde verhaftet.

So finde ich es großartig, dass von Flensburg ein Friedensappell in die Welt geht.

Und nur einen Monat nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki beauftragte US-Präsident Truman General Eisenhower mit der "Operation TOTALITY" – ein hypothetischer Plan für einen umfassenden Krieg gegen die Sowjetunion.

Mit 20 bis 30 Atombomben sollte ein Überraschungsschlag gegen 20 sowjetische Städte geführt werden.

Im Frühjahr 1949 wurde die NATO gegründet. Und schon am 19. Dezember 1949 wurde vom Vereinigten Generalstab der Kriegsplan "DROPSHOT" zur Durchsetzung der Kriegsziele der Vereinigten Staaten gegenüber der UdSSR und ihren Satelliten verabschiedet.

Natürlich sollte es so aussehen, als könne man nicht anders. Daher wurde schon 1949 das offizielle Bedrohungsszenario formuliert:

„Am oder um den 1. Januar 1957 ist den Vereinigten Staaten durch einen Aggressionsakt der UdSSR und/oder ihrer Satelliten ein Krieg aufgezwungen worden.“

Der für 1957 geplante Krieg fand nicht statt. Denn inzwischen hatte die Sowjetunion den Satelliten "Sputnik" in das All geschossen, mit dem Bewegungen auf der Erde beobachtet werden konnten. Die Amerikaner waren noch nicht so weit und konnten daher die Umsetzung von DROPSHOT nicht mehr riskieren.

Der "Sputnikschock" löste im Westen fieberhafte Rüstungsanstrengungen aus.

1953 hatte Thomas Mann die Neigung der US-Administration erkannt,

„Europa als ökonomische Kolonie, militärische Basis, Glacis im zukünftigen Atom-Kreuzzug gegen Russland zu behandeln, als ein zwar antiquarisch interessantes und bereisenswertes Stück Erde, um dessen vollständigen Ruin man sich aber den Teufel scheren wird, wenn es den Kampf um die Weltherrschaft gilt.“

Der Sputnik 1957 und John F. Kennedys Lösung der Kuba-Krise mit Chruschtschow 1962 durchkreuzten vorerst derartige Pläne.

Am Ende des amerikanischen Jahrhunderts, in dem die USA zweimal aus ihrer Sicht gegen ein barbarisches, unzivilisiertes und undemokratisches Deutschland zu Felde ziehen mussten, gründeten beide Staaten kurz nach dem gescheiterten Putsch in Moskau im Jahr 1991 eine Kadenschmiede für die Demokratie: Wilsons Wahlspruch »to make the world safe for democracy« sollte vor allem für den osteuropäischen Demokratisierungsprozess gelten. Dazu sollten »Think Tanks« für die abgefallenen Länder der Sowjetunion Sicherheitskonzepte ausarbeiten.

Am Fuße der Zugspitze wurde in einer ehemaligen Wehrmichtskaserne, die unter anderem als Russland-Institut für die US Army diente, das »Europäische Zentrum für Sicherheitsstudien« aus der Taufe gehoben und nach dem ehemaligen US-Außenminister und vormaligen Generalstabschef George Catlett Marshall benannt.

Und am 10. Jahrestag hielt Verteidigungsminister Struck in Garmisch fest:

„Der Fall des Eisernen Vorhangs, der Freiheitswille der Völker im östlichen Europa, ein Europa auf dem Weg in eine bessere, wenn auch noch ungewisse Zukunft - dies war vor einem Jahrzehnt der historische Hintergrund für die Einrichtung dieses transatlantischen Instituts.“

Zwei Jahre zuvor hatte die NATO den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien geführt.

Auch hier waren geostrategische Interessen der USA der wirkliche Grund!

Das zumindest ließen hohe Vertreter der amerikanischen Regierung bei einer Konferenz in Bratislava verlauten.

Die war Ende April 2000 vom US-Außenministerium und dem American Enterprise Institute in der slowakischen Hauptstadt zu den Schwerpunktthemen Balkan und NATO- Ostexpansion veranstaltet worden.

Bei dieser Konferenz hatten die Amerikaner über ihre Pläne für die Neuordnung Europas Klartext gesprochen.

Der offensichtlich empörte Bundestagsabgeordnete und Vizepräsident der OSZE-Vollversammlung Willy Wimmer hatte es daraufhin für notwendig befunden, Bundeskanzler Gerhard Schröder über die wichtigsten Punkte zu informieren.

In seinem vom 2. Mai 2000 datierten Brief an Schröder wies Wimmer auf die politische Brisanz der Konferenz in Bratislava hin, auch weil sie »sehr hochrangig besetzt« gewesen sei, »was sich schon aus der Anwesenheit zahlreicher Ministerpräsidenten sowie Außen- und Verteidigungsminister aus der Region« ergeben hätte.

Das Schreiben Wimmers finden Sie nicht nur in unserem Buch, sondern auch im Internet. Von seinen 10 Punkten möchte hier nur die Punkte 4 und 7 aufgreifen:

»4. Der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sei geführt worden, um eine Fehlentscheidung von General Eisenhower aus dem 2. Weltkrieg zu revidieren. Eine Stationierung von US-Soldaten habe aus strategischen Gründen dort nachgeholt werden müssen.«

»7. Es gelte, bei der jetzt anstehenden NATO- Erweiterung die räumliche Situation zwischen der Ostsee und Anatolien so wiederherzustellen, wie es in der Hochzeit der römischen Ausdehnung gewesen sei.«

Für diese imperialen Ziele werden die Strategie-Papiere und die militärischen Instrumente ständig optimiert. Schon im "Training and Doctrine Command-Pamphlet 525-5" – kurz TRADOC – vom August 1994 wird die Stringenz und Kontinuität des amerikanischen Hegemoniestrebens deutlich herausgearbeitet. In diesem Dokument wird eine dynamische Ära, eine Welt im Übergang beschrieben.

Anstatt den Kommunismus zu bekämpfen, werde man im 21. Jahrhundert gegen nationalen und religiösen Extremismus vorgehen müssen.

Hatte man im 20. Jahrhundert dauerhafte Verbündete, so seien sie im 21. Jahrhundert nur noch Verbündete auf Zeit.

Die US-Armee solle sich darauf einstellen und zwei Prämissen beachten:

„den rapiden technischen Wandel und die Neuordnung der Geostrategie.“

Das moderne Kriegstheater setzt auf weiterentwickelte Technik wie Kampfroboter und Drohnen sowie auf "Non-Nation Forces" – Söldnerarmeen, die sich an keine Gesetze halten müssen und nach dem gemessenen Erfolg bezahlt werden.

Der Weg in den beabsichtigten Krieg führt nach dem Strategiepapier über die gezielte Destabilisierung des Staates, bei dem man zum eigenen Vorteil einen "Regime Change" herbeiführen will.

Ein wichtiges Instrument dabei:

Die "Operations other than War" (OOTW) – gemeint sind Operationen vom Finanz- und Cyberkrieg über den Einsatz verdeckter Spezialeinheiten bis zum Drohnenkrieg und alle Facetten von Schattenkriegen.

Auf der untersten Stufe der Dynamik ist dann wohl die sogenannte "Demokratie-Förderung" im Stil des "National Endowment for Democracy" anzusiedeln.

In der Ukraine sind die im Dokument beschriebenen Eskalationsstufen gut zu beobachten: Aufruhr (Majdan), Krise (Slawjansk) und Konflikt (Krim). Die letzte Stufe wäre dann der Krieg, der uns bis jetzt gottlob erspart worden ist.

In den weiterentwickelten TRADOC-Papieren wird die Rolle der Streitkräfte für das 21. Jahrhundert umrissen, das "Jahrhundert des weltweiten Krieges widerstreitender Ideologien". Und Anfang Oktober 2014 wurde die neueste Version vorgestellt:

"Win in an Complex World 2020-2040"

Als wichtigste Gegner werden die Konkurrenzkräfte China und Russland genannt. Russland wird beschuldigt, imperial zu handeln und sein Territorium auszudehnen. Ein grotesker Vorwurf angesichts der Ausdehnung der NATO und der "farbigen Revolutionen" in den ehemaligen Sowjetrepubliken – mit dem aber die Notwendigkeit der Stationierung amerikanischer Bodentruppen in Mitteleuropa begründet wird.

An zweiter Stelle stehen gegnerische "regionale Mächte" – z.B. der Iran. Trotz der aufgeblähten Monstrosität von IS/ISIS/ISIL steht der Kampf gegen den internationalen Terror merkwürdigerweise in der Priorität weit unten.

Ein Auftrag an den US-Präsidenten aus der Resolution 758 lautete, die Einsatzbereitschaft der US-Streitkräfte und der Streitkräfte der anderen NATO-Staaten zu überprüfen und die aus der Beistandsklausel (Art. 5) erwachsene Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung ernst zu nehmen.

Mit der Abstimmung vom 15. Januar 2015 nahm das EU-Parlament den europäischen Teil dieses Auftrages bereits vorweg.

Seit dem 4. Dezember sind gerade fünf Wochen vergangen – und die EU steht festgezurr im Kriegsgespann.

Wie war diese Entwicklung möglich?

Am Wochenende war davon in unseren Alpha-Medien nichts zu finden. Und die Welt am Sonntag titelte in roten Lettern:

„Besser leben! Was tun, um glücklicher, gesünder, erfolgreicher zu werden?“

Das kann man nur als zynische Desinformation bezeichnen!

Die Schlagzeile hätte lauten müssen:

Kriegsgefahr! Was können wir noch tun?

Während das kommende europäische Schlachtfeld immer konkretere Formen annimmt, wird Deutschland durch "PEGIDA" und "ANTI-PEGIDA" und Europa durch "Ich-bin Charlie" und "Ich-bin-NICHT-Charlie"-Anhänger gespalten. Wird hier bewusst abgelenkt?

Wer steht hinter der Abstimmung im EU-Parlament?

Erst beim Einblick in die machtvollen transatlantischen Fesselungen wird die EU-Politik nachvollziehbar.

Nun geht es um das, was Zbigniew Brzezinski bereits Ende der 90er Jahre in "The Grand Chessboard" formulierte: Die Beherrschung der eurasischen Landmasse.

Dieses Ziel ist seit dem 4. Dezember 2014 offizielle US-Staatsdoktrin, die seit dem 15. Januar 2015 von den europäischen Vasallen kritiklos mitgetragen wird.

Nach Hans-Ulrich Jörges – Mitglied der *stern*-Chefredaktion – ist die Art und Weise der Verankerung des Krisenjahres 2014 im öffentlichen Bewusstsein

„ein Meisterwerk der Bewusstseinstrübung und Perspektivverschiebung“.

Seiner Meinung nach tragen die großen Krisen unverkennbar amerikanische Handschrift: Dass der IS in Syrien und im Irak wuchern konnte, geht für Jörges auf die drei Golfkriege zurück, auf die Politik der USA und deren Verbündeten Saudi-Arabien.

Sie erinnern sich:

Beim Ersten Golfkrieg von 1980 bis 1988 hatten die USA noch Saddam Hussein gegen den Iran unterstützt.

Und schon ein Jahr vor dem Ersten Golfkrieg – es war der 3. Juli 1979 - hatte US-Präsident Jimmy Carter angeordnet, tausende von islamisch-saudischen Desperados zur Destabilisierung Afghanistans anzuwerben, um die Sowjetunion zum Einmarsch nach Kabul zu bewegen.

Für Jörges haben die USA schon 2008 mit Macht zur Aufnahme von Georgien und der Ukraine in die NATO gedrängt. Beim Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten Janukowitsch im Februar 2014 hätten dann die USA ihre Finger kräftig im Spiel gehabt.

Daneben verzeichne 2014 irreparable Zivilisationsschäden:

Die **„dauerhafte Zerstörung von Privatheit und Vertrautheit des Wortes“** durch die NSA-Aktivitäten.

Noch monströser sei der Senatsbericht über systematische Folter in Gefängnissen rund um den Globus. So ein mutiger Leitartikel in einem "Mainstream-Medium" wie dem *stern* lässt hoffen.

Wir stehen Anfang 2015 vor einer Euro-Krise mit unbekanntem Ausgang und einer Ausweitung des Krieges in der Ukraine. Und angesichts dieser großen politischen Herausforderungen spaltet sich die Republik.

Wer kann daran Interesse haben?

Es dürften wieder all diejenigen sein, die an Krieg und Krisen nachhaltig verdienen:

"Die Kaufleute des Todes".

Das hat 1936 zumindest ein Untersuchungsausschuss des US-Kongresses, der die Gründe für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg untersuchte, herausgefunden.

Der Ausschuss war 1934 eingerichtet worden, nachdem es im US-Kongress Bedenken gab, dass die USA wieder von Profiteuren in einen Krieg hineinmanipuliert werden könnten.

Nach zwei Jahren kam das Komitee zu dem Ergebnis, dass die USA von den "merchants of death" – Bankern und Rüstungsindustriellen – in den europäischen Krieg getrickst worden seien.

Mit diesem Wissen und in der Rückschau auf zwei Weltkriege müssten alle friedensbewegten Europäer gemeinsam mit den Porträts von Bertha von Suttner und Jean Jaurès auf die Straße gehen.

Von Jaurès ist der Satz überliefert:

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“.

Das hat bis heute nichts an Aktualität verloren.

Das ist auch Papst Franziskus nicht entgangen; er folgert:

„Wir stecken mitten im Dritten Weltkrieg, allerdings in einem Krieg in Raten. Es gibt Wirtschaftssysteme, die, um überleben zu können, Krieg führen müssen. Also produzieren und verkaufen sie Waffen.“

Wann werden die deutschen Bischöfe darüber nachdenken und den Frieden zu ihrem Thema machen?

Wir brauchen Visionen vom Frieden!

Im Sinne des Weltfriedens sollte Europa den USA helfen, von ihrer Kreuzzugsmentalität abzulassen. Den bankrotten USA sollte deutlich gemacht werden, dass die Kriege entlang der historischen Seidenstraße nicht zu gewinnen sind.

Es droht sogar die Gefahr, dass auch Russland und China involviert werden. Die Kriege im Gefolge der Geostrategie höhlen bereits heute das Völkerrecht aus und beschädigen fundamentale Menschenrechte.

Die meisten Menschen möchten sich auf der Seite der " Guten " wissen und fragen nicht weiter nach dem Grund für die vielen Flüchtlingsströme.

Dabei kann der Grund für das Leid der Menschen im Nahen und Mittleren Osten, in der Ukraine, in Nigeria und anderswo eindeutig benannt werden!

Es sind die weltweiten US-Kriege und die Gier des Kapitals.

Um leichter Einfluss nehmen zu können, werden im arabisch-islamischen Gürtel Sunniten und Schiiten gegeneinander aufgehetzt und die Länder bewusst destabilisiert.

Im Irak und in Afghanistan sind Millionen Menschen enturzelt, auf der Flucht oder obdachlos, nur wenige haben das Glück, in Europa Zuflucht zu finden.

Ein Großteil der vor dem Krieg fliehenden Menschen finden in den angrenzenden Nachbarländern Aufnahme.

Alle von den Kriegen Betroffenen haben doch nur einen Wunsch: Ein Ende des Krieges! Leben im Frieden! Und die meisten von ihnen möchten in ihrer vertrauten Umgebung leben.

Das alles ist auf keiner der beiden Demonstrationen Thema, stattdessen werden besorgte Bürger gegeneinander aufgehetzt.

Der Geo-Imperialismus, ganz gleich von welcher Seite, gehört in den Mülleimer der Geschichte!

In jüngster Zeit verstößt die Politik von EU-Kommission, Europäischem Rat und EU-Parlament immer mehr gegen die eigentlichen Interessen Europas und Deutschlands.

Erfolgreiche transatlantische Gehirnwäsche? Keineswegs!

Wohl eher Unwissenheit, Dummheit oder nur einfach Opportunismus.

Die Mehrheit der Abgeordneten scheinen die immanenten

Motive und Strategien, die das heutige globale Geschehen antreiben, wohl nicht zu kennen. So haben die Hasardeure – wie vor 100 Jahren – wieder Konjunktur.

Um eine Katastrophe wie vor 100 Jahren zu vermeiden, besteht die Lösung nach Slavoj Žižek darin, die Komplexität der Macht- und Interessenstrukturen zu durchdringen und sich des explosiven Gemischs aus Kreuz-und-quer-Verbindungen, das die ganze Lage so gefährlich macht, wirklich bewusst zu werden.

Dazu brauchen wir einen klaren Kopf.

Wir dürfen uns politisch nicht emotionalisieren lassen!

Sobald uns das gelungen ist, sollten wir die langwierige und komplizierte Aufgabe in Angriff nehmen, die Koordinaten der Gesamtsituation zu verändern.

Mit weniger ist uns nicht geholfen, wenn wir den Absturz unseres Planeten – so Žižek – verhindern wollen.

Wir brauchen eine philosophische Diskussion, damit wir vom "Rechthaben" wieder in das "Zuhören" kommen und damit in das "Verstehen" !